



Detailansicht des Registereintrags

Vonovia SE

Aktuell seit 07.01.2026 14:37:45

Europäische Aktiengesellschaft (SE)

Registernummer:	R001894
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	07.01.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Universitätsstraße 133 44803 Bochum Deutschland Telefonnummer: +492343140 E-Mail-Adressen: info@vonovia.de Webseiten: https://www.vonovia.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Karlplatz 7 10117 Berlin Telefonnummer: +492343140 E-Mail-Adresse: info@vonovia.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

690.001 bis 700.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

4,00

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Luka Mucic**

Funktion: Vorsitzender des Vorstands

2. Arnd Fittkau

Funktion: Mitglied des Vorstands

3. Philip Grosse

Funktion: Mitglied des Vorstands

4. Daniel Riedl

Funktion: Mitglied des Vorstands

5. Ruth Werhahn

Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (20):**1. Mario Stamerra****2. Dirk Brunnert****3. Frederic Neumann****4. Sebastian Jung****5. Klaus Markus****6. Christian Gaumitz****7. Stephen Guhr****8. Jörg Schindler****9. Sven Ladeck****10. Sascha Brok****11. Anna Neumann****12. Sebastian Krüger****13. Timo Schisanowski**

Tätigkeit bis 03/25:

Mitglied des Deutschen Bundestages

14. **Ralf Zieren**
15. **Tim Röder**
16. **Luka Mucic**
17. **Arnd Fittkau**
18. **Philip Grosse**
19. **Daniel Riedl**
20. **Ruth Werhahn**

Mitgliedschaften (18):

1. Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen
2. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
3. Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz
4. Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung
5. GdW Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen
6. ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss
7. Initiative Wohnen 2050 e.V.
8. Informationsdienst Wirtschafts- und Steuerverwaltung
9. SPD-Wirtschaftsforum e.V.
10. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
11. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
12. Berlin Partner
13. Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen e.V.
14. Koalition für Holzbau
15. VdW Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen
16. Wirtschaftskreis der Freien Demokraten
17. Deutscher Investor Relations Verband
18. BDI-Initiative Energieeffizienz Gebäude

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (7):

Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Bauwesen und Bauwirtschaft; Wohnen; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Wir engagieren uns politisch für alle Aspekte des Bauens und Wohnens. Unser Hauptanliegen ist dabei die Schaffung und der dauerhafte Erhalt von bezahlbarem Wohnraum. Zusätzlich konzentrieren wir uns in unserer politischen Tätigkeit auf den Klimaschutz, die Förderung der

Digitalisierung sowie die Unterstützung und Entwicklung innovativer Forschung im Bereich nachhaltiges Bauen und Wohnen. Dabei werden zum Zweck der Interessenvertretung Gespräche mit Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt, sowie Netzwerkveranstaltungen zur Erläuterung unserer Anliegen angeboten. Ebenfalls erstellen wir für den gleichen Adressatenkreis Positionspapiere zu unseren Themenschwerpunkten.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Durch eine Gesetzesänderung des Gebäudeenergiegesetzes soll Digitalisierung und klimafreundliche Bauweise verankert und gefördert werden

Beschreibung:

Anpassung zur Förderung der Digitalisierung, insbesondere durch die Erlaubnis, virtuelle Zusammenschlüsse von Hausanschlüssen auf Baukörperebene umzusetzen. Einführung des Konzepts „Null-Emissions-Gebäude“ für Neubauten ab 2030. Anpassung der Primärenergiefaktoren, insbesondere Bewertung von Strom aus erneuerbaren Energien (z. B. mit Faktor 0). Aufnahme von Holzbau als eigenständige Kategorie in der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG). Anerkennung der CO₂ Speicherfähigkeit von Holz in der Bewertung von Gebäuden. Integration des Qualitätssiegels Nachhaltiges Bauen (QNB) für Holzbau. Gleichstellung von Holz mit anderen Baustoffen in der energetischen Bewertung.

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Wohnen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502060007 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. Konkretisierung der Heizkostenverordnung

Beschreibung:

Klärung, wie PV-Strom aus Eigenerzeugung in Nebenkostenabrechnungen berücksichtigt wird, insbesondere in Verbindung mit Wärmepumpen. Rechtssichere Regelung für die Abrechnung von PV-Strom und die Integration in die Betriebskosten.

Betroffenes geltendes Recht:

HeizkostenV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

3. **Modifizierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)**

Beschreibung:

Ergänzung von § 16 EEG zur Deckelung der Netzanschlusskosten. Bessere Integration von Mieterstrommodellen, um die Nutzung von PV-Anlagen in Wohngebäuden zu fördern. Anpassung der Mieterstromförderung (§ 21 EEG) zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit, Klarstellungen zu „Letztverbraucher“-Definition (EuGH-Urteil). Einschränkung oder Ausschluss der Förderung der energetischen Nutzung von Holz (Biomasse). Gesetzliche Verankerung des Vorrangs der stofflichen Nutzung von Holz.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

4. **Modifizierung/Konkretisierung des Klimaschutzgesetzes**

Beschreibung:

Festlegung spezifischer CO₂ Reduktionsziele für den Gebäudebestand. Berücksichtigung der Lebenszyklusanalyse bei Klimabilanzen für Neubauten

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

5. **Baugesetzbuch anpassen: Nachhaltigkeitsstandards für Bauprojekte und Vorschriften für kommunale Wärmeplanung mit energetischen Anforderungen**

Beschreibung:

Einführung verbindlicher Standards zur Berücksichtigung nachhaltiger Materialien und CO₂-Bilanzen bei der Planung und Genehmigung von Bauprojekten. Anpassung der Vorschriften zur kommunalen Wärmeplanung in Verbindung mit energetischen Anforderungen.

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

6. Modifizierung des Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)**Beschreibung:**

Lockerung bestimmter Lärmschutzregelungen für Wärmepumpen in Wohngebieten, um den Einsatz zu erleichtern. Anpassung der Biomasse-Nachhaltigkeitskriterien im Sinne des Kaskadenprinzips. Einschränkung der Genehmigungsfähigkeit von Biomasse-Heizkraftwerken, wenn stofflich nutzbares Holz eingesetzt würde.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

7. Bundesnetzagentur und Energiewirtschaftsgesetz**Beschreibung:**

Vereinheitlichung der Netzanschlussverfahren und -kosten. Festlegung transparenter Zeitrahmen für Netzanschlussbegehren (z. B. verbindliche 6-Wochen-Frist). Aufnahme des Kaskadenprinzips als Grundsatz: Stoffliche Nutzung von Holz hat Vorrang vor energetischer Nutzung. Verpflichtung für Netzbetreiber, bei der Einspeisung von Biomasse diesen Grundsatz zu berücksichtigen.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2502060008** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

8. Ergänzung des Einkommenssteuergesetzes

Beschreibung:

Steuerliche Begünstigungen für Investitionen in energetische Sanierungen und den Ausbau erneuerbarer Energien.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu];
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu];
Wohnen [alle RV hierzu]

9. Anpassung des Umsatzsteuergesetzes

Beschreibung:

Steuerliche Privilegierung für Mieterstrommodelle und PV-Anlagen (z.B. Umsatzsteuerbefreiung). Gleichstellung von Bauholz und Brennholz durch Anpassung der Mehrwertsteuersätze (Bauholz nicht länger mit 19 %, während Brennholz mit 7 % besteuert wird).

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu];
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und
Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

10. Ergänzung des Wohnungseigentumsgesetzes

Beschreibung:

Erleichterung von Mieterstromprojekten in Mehrfamilienhäusern.

Betroffenes geltendes Recht:

WoEigG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu];
Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV
hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

11. Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) soll angepasst werden. Einführung einer CO₂-Gutschrift

Beschreibung:

Einführung einer CO2-Gutschrift für verbautes Holz im Emissionshandel. Anpassung der Bilanzierungsregeln, sodass gespeichertes CO2 berücksichtigt wird.

Betroffenes geltendes Recht:

TEHG 2025 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508210005 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. Modifizierung bzw. Erweiterung des Gebäudeenergiegesetz.

Beschreibung:

Einschränkung der Anrechenbarkeit von Holzverbrennung auf die Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Energien. Bevorzugte Anerkennung der stofflichen Nutzung von Holz als klimafreundliche Bauweise.

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

13. Anpassung des BauGB: schnellere Genehmigungen, digitale Verfahren, flexible Bauleitplanung, erleichterte Nachverdichtung und Baulandmobilisierung.

Beschreibung:

Ziel des Regelungsvorhabens ist die Anpassung des Baugesetzbuches zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Wohnungsbau, zur Stärkung der Investitionssicherheit sowie zur Mobilisierung von Bauland. Hierzu sollen verbindliche Genehmigungsfristen, digitale und standardisierte Verfahren, flexiblere Instrumente der Bauleitplanung sowie erweiterte Möglichkeiten zur Nachverdichtung, Aufstockung und Umnutzung bestehender Flächen verankert werden. Zudem sollen nachhaltige und energetische Anforderungen systematisch in die planungsrechtlichen Vorgaben integriert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Wohnen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512170004** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

14. **Rechtssichere Einführung des Gebäudetyps E durch Anpassung des Bundesgesetzes BGB zur Ermöglichung kostengünstigen, vereinfachten Wohnungsbaus.**

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Anpassung des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zur rechtssicheren Einführung des Gebäudetyps E. Hierzu sollen im Werkvertrags-, Verbraucherbauvertrags-, Kauf- und Mietrecht besondere Regelungen geschaffen werden, die für ausdrücklich als Gebäudetyp-E-Vorhaben bezeichnete Gebäude einen gesetzlich definierten Mindeststandard festlegen. Abweichungen von den bislang üblichen technischen Standards sollen bei Einhaltung dieses Mindeststandards keinen Mangel begründen. Zudem sollen die Informations- und Hinweispflichten vereinheitlicht und formalisiert sowie die Anwendbarkeit der Regelungen entlang der gesamten Leistungskette vom Bauvertrag bis zum Mietverhältnis klargestellt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 555/24 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur zivilrechtlichen Erleichterung des Gebäudebaus (Gebäudetyp-E-Gesetz)

Zuständiges Ministerium: [BMJ](#) (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[BGB](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Wohnen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512170081** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (5):

1. Deutsche Post DHL Real Estate Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Godesberger Allee 157, 53175 Bonn

Betrag: 380.001 bis 390.000 Euro

Zuschüsse der Deutschen Post zur Deckung der laufenden Aufwendungen für geförderte Wohnungen

2. Stadt Hochheim

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Stadt Hochheim, Burgeffstraße 30, 65239 Hochheim am Main

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Zuschüsse aus städtischen Haushaltsmitteln zur Deckung der laufenden Aufwendungen für geförderte Wohnungen

3. Investitionsbank Berlin IBB

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Bundesallee 210, 10719 Berlin

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Zuschüsse aus kommunalen Haushaltsmitteln zur Deckung der laufenden Aufwendungen für geförderten Wohnraum

4. Bremer Aufbaubank

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Domshof 14/15, 28195 Bremen

Betrag: 480.001 bis 490.000 Euro

Zuschüsse aus städtischen Haushaltsmitteln zur Deckung der laufenden Aufwendungen für geförderten Wohnraum

5. Investitions- und Förderbank Hamburg

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Besenbinderhof 31, 20097 Hamburg

Betrag: 310.001 bis 320.000 Euro

Zuschüsse aus kommunalen Haushaltsmitteln zur Deckung der laufenden Aufwendungen für geförderten Wohnraum

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Vonovia-SE_Geschaeftsbericht-2024.pdf